



Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine

Eine Sammlung bestehender Vorschläge und möglicher Schritte, den Krieg in der Ukraine durch Diplomatie statt durch Waffen zu beenden

Der Krieg in der Ukraine verursacht Leid, Tod und Verwüstung. Mit jedem Tag, den der Krieg länger dauert, kommen mehr Menschen ums Leben, werden körperlich verletzt oder psychisch traumatisiert.¹ Mit jedem Tag wächst das Risiko, dass sich der Krieg auf andere Staaten ausweitet oder eskaliert. Und jeden Tag verstärkt sich die weltweite Hungersnot, die schon vor dem Ukrainekrieg ca. ein Zehntel der Weltbevölkerung betraf.² Jeder Kriegstag ist einer zuviel – der Krieg muss jetzt so schnell wie möglich beendet werden. Es braucht einen Weg aus der militärischen Eskalationsspirale. Dafür sind ein Waffenstillstand und Friedensverhandlungen unumgänglich.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig. Die Verantwortung für den Krieg trägt die russische Regierung. Gleichzeitig erfordert es gemeinsames Handeln, den Krieg zu beenden und Frieden zu schaffen. Die südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor formulierte es so: „Die Welt hat eine Verantwortung, für Frieden zu sorgen.“³ Doch trotz des unermesslichen Leids durch den Krieg finden derzeit keine direkten Verhandlungen zwischen der russischen und der ukrainischen Regierung statt. Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW sieht die Gefahr eines jahrelangen Zermübungskrieges mit katastrophalen humanitären Folgen für die Menschen in der Ukraine und weltweit. Sie fordert sofortige Verhandlungen und eine diplomatische Lösung.

Im Folgenden findet sich eine Sammlung von Vorschlägen und Möglichkeiten für einen Waffenstillstand sowie Wege zu einer Lösung der Konflikte zwischen Russland und der Ukraine bzw. Russland und der NATO. Dabei wird berücksichtigt, dass die Staaten der NATO durch die Osterweiterung eine Mitver-



FRIEDENSGLOBUS AUF DEM UNABHÄNGIGKEITSPLATZ IN KIEW

antwortung für die seit den 90er Jahren zunehmenden Spannungen zwischen Russland und der NATO tragen. Bedacht wird außerdem, dass die Verantwortung für die Zahl weiterer Opfer und die Gefahr einer atomaren Eskalation nicht allein einer Partei zufällt. Die Ideensammlung beinhaltet verschiedene Konzepte auf bilateraler, multilateraler, wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene. Das Papier soll einen Beitrag zu einer konsequenten Suche nach friedlichen Mitteln zur Konflikttransformation leisten.⁴ Es wird laufend aktualisiert und ergänzt.

I Überblick über Abkommen, Verhandlungen und neue Verhandlungsinitiativen

Minsk II-Abkommen und „Normandie-Format“

Deutschland und Frankreich hatten 2014 zur Lösung des Krieges in der Ostukraine das sogenannte „Normandie-Format“ ins Leben gerufen. Die Vermittlungsrunden, bestehend aus jeweils einem*einer Vertreter*in aus der Ukraine, Russland, Deutschland und Frankreich, führten 2015 zur Unterzeichnung von Minsk II.

1 Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte hat seit dem Einmarsch russischer Truppen am 24. Februar 2022 den Tod von mehr mindestens 5.587 Zivilist*innen in der Ukraine dokumentiert, mehr als 7.890 wurden verletzt. Nach ukrainischen Regierungsangaben sind etwa 9.000 ukrainische Soldaten getötet worden. Die ukrainische Regierung spricht von mehr als 45.000 getöteten russischen Soldaten. Diese Zahlen lassen sich nicht unabhängig überprüfen. Bis Mitte August sind laut Schätzungen des UN-Flüchtlingskommissariats mehr als 11 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen.

2 <https://www.sueddeutsche.de/politik/un-un-warnen-vor-hungerwelle-hohe-kosten-durch-ukraine-krieg-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220608-99-595122>

3 www.zdf.de/nachrichten/heute-journal-update/g7-suedafrika-verlangt-diplomatische-loesung-100.html

4 <https://www.zeit.de/2022/27/ukraine-krieg-frieden-waffenstillstand>, 29. Juni 2022

Inhalt

I Überblick: über Abkommen, Verhandlungen und neue Verhandlungsinitiativen	1
II Überblick über diplomatische Lösungsvorschläge	5
III Bewegung in der Zivilbevölkerung	7
IV Forderungen der IPPNW	9

Das Abkommen wurde unter Teilnahme und Vermittlung der OSZE ausgehandelt, nachdem das Waffenstillstandsabkommen Minsk I gescheitert war. Nach einer einstimmigen Resolution des UNO-Sicherheitsrates trat Minsk II im Februar 2015 völkerrechtlich in Kraft.⁵ Ausgehandelt wurde dieses Abkommen von Russland (Wladimir Putin), der Ukraine (Petro Poroschenko), Frankreich (François Hollande) und Deutschland (Angela Merkel). In dem Abkommen wurden zahlreiche Maßnahmen vereinbart zur Befriedung der Region Donezk und Luhansk wie z.B.

- » Waffenstillstand und Abzug schwerer Waffen durch beide Seiten unter OSZE-Überwachung
- » Freilassung und Austausch der Gefangenen, Begnadigungen und Amnestie
- » sofortiger Beginn des Dialoges über die Modalitäten von Kommunalwahlen in Entsprechung mit der ukrainischen Gesetzgebung und dem ukrainischen Gesetz „Über die zeitweilige Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk“ und auf dieser Grundlage ebenso über den künftigen Status dieser Gebiete
- » Wiederherstellung sozialer und wirtschaftlicher Verbindungen zwischen der Ostukraine und Kiew einschließlich des Bankensystems, der Überweisungen von Zahlungen z.B. Sozialleistungen wie Rentenzahlungen.

- » Kontrolle über die Staatsgrenzen durch die ukrainische Regierung
- » Abzug aller ausländischen bewaffneten Einheiten und ihrer Militärtechnik, ebenso von Söldnern vom Territorium der Ukraine unter Beobachtung der OSZE. Entwaffnung aller illegalen Gruppierungen.
- » Verfassungsreform, in der auch der Sonderstatus der Regionen Luhansk und Donezk und die Dezentralisierung der Ukraine verankert wird.

Umgesetzt wurde das Abkommen jedoch nie. Beide Seiten brachen immer wieder den Waffenstillstand. Ende 2021, Anfang 2022 wurde unter Vermittlung Frankreichs erneut versucht, Vereinbarungen zu treffen, um das Minsker Abkommen einzuhalten. Sowohl der russische Präsident Putin als auch sein ukrainischer Amtskollege Selenskyj erklärten sich bereit, mit der Umsetzung zu beginnen.⁶

Im Februar 2022 scheiterte eine letzte Gesprächsrunde in diesem Format, da Russland eine gemeinsame Erklärung ablehnte. Der Grund: die ukrainische Seite hatte sich geweigert die Minsker Vereinbarung zu zitieren, wonach der künftige Status der Regionen Donezk und Luhansk nach dem Krieg in Konsultationen mit den Vertretenden der Bezirke geklärt werden sollte.

Mit der Anerkennung der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk am 21. Februar 2022 schuf der russische Präsident Putin neue Tatsachen und brach endgültig mit den Vereinbarungen des Minsker Abkommens. Der anschließende Einmarsch Russlands in die Ukraine setzte dem Friedensprozess ein Ende.

⁵ Das Minsker Abkommen vom 12. Februar 2015 im Wortlaut: <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/201881/dokumentation-das-minsker-abkommen-vom-12-februar-2015/>

⁶ <https://www.lpb-bw.de/ukrainekonflikt#c68666>

„Echter Frieden muss das Produkt vieler Nationen sein, die Summe vieler Taten. Er muss dynamisch und nicht statisch sein, sich mit den Herausforderungen verändern, um jeder neuen Generation gerecht zu werden. Denn Frieden ist ein Prozess – ein Weg, Probleme zu lösen.“ (John F. Kennedy, 1963)

Zehn-Punkte-Plan von Istanbul

Im Rahmen der russisch-ukrainischen Gespräche vom 29. März 2022 in Istanbul legte die ukrainische Delegation einen neuen schriftlichen Vorschlag für ein Sicherheitsgarantieabkommen vor. Medienberichten zufolge sei man in den Verhandlungen „nahe an eine (...) Einigung über Sicherheitsgarantien“ gekommen.⁷

Die zehn Punkte des ukrainischen Vorschlags lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Punkt 1: Die Ukraine akzeptiert politische Neutralität. Im Gegenzug erhält sie eine völkerrechtliche Garantie zur Umsetzung des blockfreien und atomwaffenfreien Status. Mögliche Garantiestaaten könnten Russland, Großbritannien, China, USA, Frankreich, Türkei, Deutschland, Kanada, Italien, Polen und Israel sein.

Punkt 2: Die internationalen Sicherheitsgarantien der Ukraine im Rahmen des Vertrages gelten nicht für die Krim, Sewastopol und einzelne Gebiete des Donbass. Die Parteien müssen die Grenzen dieser Gebiete festlegen oder sich darauf einigen, dass jede Seite sie auf ihre eigene Weise versteht.

Punkt 3: Die Ukraine verpflichtet sich dazu, keinem Militärbündnis beizutreten, keine ausländischen Militärstützpunkte oder -kontingente zu stationieren und internationale Militärübungen nur mit Zustimmung der Garantenstaaten durchzuführen. Die Garantenstaaten sollen dabei ihre Absicht bekräftigen, die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU zu fördern.

Punkt 4-6: Hier wird skizziert, wie die Garantenstaaten im Fall eines bewaffneten Angriffs gegen die Ukraine vorzugehen haben, ähnlich wie es der Artikel 5 für die Beistandsverpflichtung der NATO vorsieht.

Punkt 7: Inkrafttreten des Vertrages nach einem gesamtukrainischen Referendum und der Verankerung in der ukrainischen Verfassung.

Punkt 8: Bestreben, offene Fragen im Zusammenhang mit der Krim und Sewastopol innerhalb von 15 Jahren durch bilaterale Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland zu lösen.

Vorschlag, vertraglich zu vereinbaren, die Fragen der Krim und Sewastopols nicht militärisch zu lösen, sondern die politischen und diplomatischen Bemühungen in dieser Frage fortzusetzen.

Punkt 9: Modalitäten für einen Waffenstillstand, den Rückzug der Truppen, humanitäre Korridore und den Austausch der Leichen sowie die Freilassung von Kriegsgefangenen.

Punkt 10: Persönliches Treffen des ukrainischen und russischen Präsidenten, um einen entsprechenden Vertrag zu unterzeichnen und politische Entscheidungen über die noch offenen Fragen zu treffen.⁸

Der weitere Kriegsverlauf mit den militärischen Erfolgen der Ukraine, den Zusagen westlicher Staaten für umfangreiche Waffenlieferungen und die Erwartung, dass die Ukraine siegen könnte, sowie das Bekanntwerden von Kriegsverbrechen trugen dazu bei, dass der Verhandlungsprozess zum Erliegen kam. Laut westlichen und ukrainischen Medienberichten war zudem der Besuch des britischen Premierministers Boris Johnson bei Präsident Wolodymyr Selenskyj in Kiew am 9. April 2022 für den Abbruch der Verhandlungen mit Russland maßgeblich. Der britische Guardian schrieb am 28. April 2022 Boris Johnson habe vom ukrainischen Präsidenten verlangt, „keine Zugeständnisse an Putin zu machen“.⁹

Italiens Friedensplan

Im Mai 2022 legte der italienische Außenminister Luigi di Maio dem UN-Generalsekretär António Guterres einen Friedensplan in vier Schritten vor.¹⁰ Dieser soll die UN, die EU und die OSZE in die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine einbinden. Unter der Aufsicht einer internationalen Vermittlungsgruppe solle ein vierstufiger Plan umgesetzt werden: Waffenstillstand, Neutralität der Ukraine, Lösung territorialer Fragen und einen europäischen und internationalen Sicherheitspakt. In jeder Etappe solle geprüft werden, ob sich die Parteien an ihre Verpflichtungen halten, damit der nächste Schritt eingeleitet werden kann.

⁷ <https://www.rnd.de/politik/ukraine-verhandlung-russland-zieht-erste-forderungen-zurueck-durchbruch-EVANOK5LRF33C3XJVH2KRJBMA.html>

⁸ <http://www.russland.news/der-10-punkte-plan-der-ukraine/>

⁹ <https://www.theguardian.com/commentisfree/2022/apr/28/liz-truss-ukraine-war-russia-conservative-power>

¹⁰ https://www.repubblica.it/politica/2022/05/19/news/piano_pace_governo_italiano_4_tappe-350167027/

1. Schritt: Verhandlung eines Waffenstillstands bei gleichzeitiger Entmilitarisierung der Frontlinien und der Einrichtung internationaler Kontrollmechanismen.

2. Schritt: Friedenskonferenz über die Einrichtung des neutralen Status der Ukraine, der mit internationalen Verträgen im Sinne einer Schutzgarantie abzusichern ist.

3. Schritt: Bilaterales Abkommen zwischen Russland und der Ukraine über den Status der umkämpften ukrainischen Gebiete: Weitgehende Autonomie der Krim und Gebiete des Donbass in den nationalen Grenzen der Ukraine. Klärung der Fragen des freien Zugangs, des freien Handels und des Zahlungsverkehrs sowie kultureller und sprachlicher Rechte.

4. Schritt: Verhandlung eines multilateralen Abkommens unter Führung der OSZE über einen europäischen Sicherheitspakt, der auch die Beziehungen zwischen der EU und Russland regelt. Inhalte dieses Vertrages wären internationale Abrüstung und Rüstungskontrolle, Sicherheitsgarantien, Konfliktprävention sowie der Abzug der russischen Truppen aus den besetzten ukrainischen Gebieten. Im Rahmen dieser Maßnahmen könnten die Sanktionen gegen Russland Schritt für Schritt zurückgenommen werden.

Internationale Arbeitsgruppe im Vatikan

Auf Einladung des Vatikans erarbeitete eine internationale Arbeitsgruppe um den US-amerikanischen Ökonomen Sachs im Juni 2022 Lösungen für einen „gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine“.¹¹

In der abschließenden Erklärung heißt es: „Der Krieg in der Ukraine wird sich wahrscheinlich zu einem Zermürbungskrieg entwickeln und statt als offener Sieg einer Seite über die andere als eingefrorener Konflikt oder als ausgehandelter Frieden enden. Ein ausgehandelter Frieden wäre ein besseres Ergebnis als die Opfer eines Zermürbungskriegs und eines eingefrorenen Konflikts sowohl für die Völker als auch für die Regierungen der Ukraine, Russlands, der USA und der EU und des Rests der Welt.“

Der Zehn-Punkte-Plan von Istanbul könne laut der Arbeitsgruppe als Basis für ein mögliches Friedensabkommen genutzt werden. Auch der vierstufige italienische Friedensplan sei dafür geeignet.

Die Arbeitsgruppe schlägt folgende Vorgehensweise vor:

- » Neutralität der Ukraine.
- » Sicherheitsgarantien für Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine durch die fünf ständigen Mitglieder der Vereinten Nationen (P5: China, Frankreich, Russland, Großbritannien und Vereinigte Staaten) sowie der EU und der Türkei.
- » Russische De-facto-Kontrolle der Krim für einen Zeitraum von mehreren Jahren – danach würden die Parteien auf diplomatischem Weg eine dauerhafte De-jure-Lösung¹² anstreben.
- » Autonomie der Regionen Luhansk und Donezk innerhalb der Ukraine, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Aspekte einschließen könnte.
- » Garantierter wirtschaftlicher Zugang sowohl der Ukraine als auch Russlands zu den Schwarzmeerhäfen beider Länder.
- » Die schrittweise Aufhebung der westlichen Sanktionen gegen Russland verknüpft mit dem Rückzug des russischen Militärs gemäß dem Abkommen.
- » Einen multilateralen Fonds für Wiederaufbau und Entwicklung der vom Krieg gezeichneten Regionen der Ukraine – an dem auch Russland beteiligt ist – und sofortigen Zugang für humanitäre Hilfe.
- » Eine Resolution des UN-Sicherheitsrats zur Bereitstellung internationaler Überwachungsmechanismen zur Unterstützung des Friedensabkommens.

Russische Vertragsentwürfe zu Sicherheitsgarantien

Das russische Außenministerium hatte im Dezember 2021, vor dem völkerrechtswidrigen Einmarsch in die Ukraine, Vertragsentwürfe für gegenseitige Sicherheitsgarantien zwischen Russland und der NATO sowie zwischen Russland und den USA vorgelegt. Das Ostinstitut Wismar veröffentlichte die russischen Vertragsentwürfe in einer inoffiziellen deutschen Übersetzung.¹³ Die Vertragsentwürfe enthalten unter anderem die Forderung nach einem Stopp der NATO-Osterweiterung. Sowohl die US-Regierung als auch die NATO wiesen diese Forderung

11 <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/285535/erreichen-eines-gerechten-und-dauerhaften-friedens-in-der-ukraine-deutsch.pdf>

12 „de jure“: der formellen Rechtslage zufolge

13 https://ostinstitut.de/files/de/2021/Ostinstitut_Vertrag_zwischen_der_RF_und_den_USA_ProzentC3_ProzentBCber_Sicherheitsgarantien_OL_2_2021.pdf

„Auch wenn es in der Erregung des Augenblicks illusorisch erscheinen mag, ist jetzt der Zeitpunkt, sich über die Schritte zu einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa Gedanken zu machen.“ (Friedensgutachten 2022)

zurück.¹⁴ Laut Antwort der USA sei man jedoch bereit, eine dauerhafte Stationierung von Kampftruppen und bodengestützten Raketensystemen in der Ukraine auszuschließen – vorausgesetzt, Moskau gehe ebenfalls entsprechende Verpflichtungen ein.¹⁵ Politikwissenschaftler*innen zufolge hätte über die russischen Vertragsentwürfe verhandelt werden können. Russlands rote Linie sei ein NATO-Beitritt der Ukraine gewesen.¹⁶

II Überblick über diplomatische Lösungsvorschläge

Beschluss der UN-Generalversammlung

Nachdem eine Verurteilung von Russland im Sicherheitsrat aufgrund der russischen Vetomacht gescheitert war, tagte am 2. März 2022 die UN-Generalversammlung. Die Resolution¹⁷ zur Verurteilung des russischen Angriffskrieges wurde mit einer großen Mehrheit von 141 Ja- zu 5 Nein-Stimmen bei 35 Enthaltungen angenommen. Die UN-Generalversammlung fordert darin „nachdrücklich die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel“ (UNGA 2022). (Punkt 14) Die Friedensforscherin Hanne-Margret Birckenbach macht in einem Artikel für das Friedensforum¹⁸ darauf aufmerksam, dass Zwangsmittel wie Sanktionen oder auch Waffenlieferungen laut UN-Charta nicht zu den friedlichen Mitteln gehören. „Für Aktionen außerhalb der friedlichen Mittel, die von den westlichen Staaten in Form von Sanktionen und Aufrüstung praktiziert werden, gibt es in der Generalversammlung keine Mehrheit“, so Birckenbach.

Friedensforschung

Auch der stellvertretende Leiter des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg, Wolfgang Zellner, betont in seinen Forderungen nach Verhandlungen die Rolle der Vereinten Nationen. Darüber hinaus schlägt er die Türkei als Vermittler vor. So hatte die Türkei bereits als Gastgeber für russisch-ukrainische Verhandlungen fungiert. Als NATO-Mitglied

beteilige sie sich zudem nicht an den Sanktionen und halte den Luftraum für russische Flugzeuge offen. Auch an den Verhandlungen über einen Transportkorridor für Getreide aus der Ukraine durch das Schwarze Meer ist die Türkei beteiligt.

Nach einer langen Blockade der ukrainischen Häfen haben sich die Ukraine und Russland im Juli 2022 unter Vermittlung der Türkei auf ein Abkommen geeinigt, das den Weg zur Freigabe von dringend benötigtem Getreide und anderen Agrarprodukten aus ukrainischen Häfen ebnet. Mit der Vereinbarung ist es auch Russland trotz Sanktionen erlaubt, Getreide und Düngemittel auszuführen. Guterres bezeichnete das Abkommen vom 22. Juli 2022 als einen „Hoffnungsschimmer“ und eine „kollektive Errungenschaft“ des neu gegründeten Gemeinsamen Koordinierungszentrums, das unter der Schirmherrschaft der UN in Istanbul eingerichtet wurde.

Dr. Anne Holper und Prof. Dr. Lars Kirchhoff, Leiter des Center for Peace Mediation an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt, kritisieren, dass Waffenlieferungen und Verhandlungen als Entweder-Oder-Frage behandelt werden. Das führe dazu, dass der notwendige öffentliche und parlamentarische Druck für eine „international abgestimmte, multilateral getragene Vermittlungsinitiative“ bislang ausgeblieben sei. Es sei allerdings notwendig, bereits jetzt ein umfassendes Verhandlungspaket vorzubereiten. Wenn es zu einer militärischen Pattsituation kommen sollte, würde sich ein günstiges Zeitfenster für Verhandlungen öffnen. Wann das Zeitfenster aufgehe, sei schwer vorherzusagen, die Vermittlungsinitiative müsse dann aber schnell einsatzbereit sein.

Vor einem „Atomkrieg aus Versehen“ warnten im Juni 2022 die Mitglieder der Gesellschaft für Informatik.¹⁹ Sie empfahlen, Maßnahmen zu vermeiden, die das Atomkriegsrisiko erhöhen sowie Kommunikationskanäle zwischen politischen und militärischen Entscheidungsträger*innen zu erhalten, zu verbessern und falls nicht mehr vorhanden, wieder aufzubauen. Auch die „Deep Cuts Commission“ fordert Russland, die USA und die NATO-Länder auf, jetzt konkrete Schritte für Rüstungskontrolle, Transparenz und Risikominderung hinsichtlich der nuklearen Bedrohung zu unternehmen.²⁰

Friedenschancen nach Glasl

In Zeiten einer erhöhten Spannung dürfe die direkte Kommunikation zwischen den Konfliktparteien niemals verlassen wer-

14 https://elpais.com/infografias/2022/02/respuesta_otan/respuesta_otan_eeuu.pdf

15 ebd. Gemeldet hatte das auch die Tagesschau (Artikel gelöscht): <https://web.archive.org/web/20220216145146/https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-russland-ukraine-elpais-101.html>

16 <https://www.n-tv.de/politik/Traegt-der-Westen-eine-Mitschuld-an-Russlands-Krieg-article23208433.html>

17 www.aljazeera.com/news/2022/3/3/unga-resolution-against-ukraine-invasion-full-text

18 Verhandlungen zur Kriegsbeendigung, Artikel im Friedensforum 09/2022

19 <https://gi.de/meldung/offener-brief-gi-mitglieder-warnen-vor-atomkrieg-aus-versehen>

20 https://deepcuts.org/images/PDF/Statement_Deep_Cuts_Commission_Ukraine.pdf

den, so Friedensforscher Prof. Friedrich Glasl. Bei indirekter Kommunikation bestehe die Gefahr, dass die Eskalation durch Fehlerquellen, Verzerrungen, Missverständnisse und Unterstellungen vorangetrieben werde. Zudem sei es wichtig, dass neutrale und bündnisfreie Staaten auf die möglichen Schäden einer weiteren Eskalation des Ukrainekrieges bis hin zum Atomkrieg hinweisen.

Vor einem „Atomkrieg aus Versehen“ hatten im Juni 2022 auch die Mitglieder der Gesellschaft für Informatik gewarnt.²¹ Sie empfahlen, Maßnahmen zu vermeiden, die das Atomkriegsrisiko erhöhen sowie Kommunikationskanäle zwischen politischen und militärischen Entscheidungsträger*innen zu erhalten, zu verbessern und falls nicht mehr vorhanden, wieder aufzubauen. Auch die „Deep Cuts Commission“ fordert Russland, die USA und die NATO-Länder auf, jetzt konkrete Schritte für Rüstungskontrolle, Transparenz und Risikominderung hinsichtlich der nuklearen Bedrohung zu unternehmen.²²

Glasl erklärt zudem, dass affektgetriebene Rüstungsreflexe keinerlei abschreckende oder deeskalierende Wirkung hätten. Im Gegenteil: „In den letzten 150 Jahren hat sich gezeigt, dass ein Wettrüsten – entgegen seinem erklärten Zweck – keine Kriege verhindert, sondern diese paradoxerweise sogar produziert und intensiviert.“²³ Um aus dem Teufelskreis des Rüstungsreflexes auszubrechen, seien Initiativen zu deeskalierenden Aktionen notwendig. Durch deeskalierende Vorleistungen könne die Bereitschaft deutlich gemacht werden, die entstandenen Spannungen ernsthaft reduzieren zu wollen (GRIT-Methode²⁴).²⁵

Friedensgutachten 2022

Die vier führenden deutschen Friedens- und Konfliktforschungsinstitute empfehlen in ihrem Friedensgutachten 2022²⁶, Russland zu einer Verhandlungslösung zu bewegen: „Anstatt auf eine militärische Niederlage Russlands zu setzen oder gar den Sturz des Putin-Regimes zu propagieren, sollte Russland mittels Sanktionen und militärischer Unterstützung der Ukraine zu einer diplomatischen Bearbeitung des Konflikts bewegt werden.“ Das Ziel solle gleichzeitig sein, „diplomatische Auswege aus dem Krieg aufzuzeigen, so dass sich die russische Führung zu Verhandlungen bereitfindet.“

21 <https://gi.de/meldung/offener-brief-gi-mitglieder-warnen-vor-atomkrieg-aus-versehen>

22 https://deepcuts.org/images/PDF/Statement_Deep_Cuts_Commission_Ukraine.pdf

23 https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_downloads/Glasl_fertig.PDF

24 GRIT: „Graduated and Reciprocated Initiatives in Tension Reduction“, eine psychologisch begründete Strategie zur Deeskalation internationaler Konflikte.

25 ebd.

26 http://www.friedensgutachten.de/user/pages/02.2022/02.ausgabe/01.Gutachten_Gesamt/FGA2022_Gesamt.pdf

Das Friedensgutachten hält die Entscheidung der Bundesregierung zur Lieferung schwerer Waffen für „nachvollziehbar“, es empfiehlt sie allerdings nicht. Die Friedensforscher*innen betonen: „(Es) muss im zeitlichen Verlauf und entsprechend des Kontexts kontinuierlich überprüft werden, inwiefern Waffenlieferungen in die Ukraine sinnvoll und nicht kontraproduktiv sind. Die Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung ihrer territorialen Integrität ist zentral, doch zugleich gilt der Imperativ, die Gefahr einer nuklearen Konfrontation, eine weitere Ausweitung des Krieges und nachfolgend auch die Proliferation der gelieferten Waffen in andere Konfliktregionen zu vermeiden.“

Um das Risiko einer nuklearen Eskalation zu verringern, solle die NATO öffentlich einen Verzicht auf den nuklearen Erstschlag erklären. Die Atomwaffenbestände seien auf dem aktuellen Niveau einzufrieren. An anderer Stelle heißt es: „Deutschland sollte erklären, sich an keinem Ersteinsatz von Kernwaffen zu beteiligen und bei den Kernwaffenstaaten dafür werben, entsprechende „No-First-Use“-Erklärungen abzugeben.“²⁷ Im Gutachten heißt es weiter: „Eine dauerhaft friedliche Welt ist nur durch langfristige Abrüstung von Kernwaffen zu erreichen. Der Bundesregierung kommt eine besondere Rolle als Brückenbauerin zu: zwischen Mitgliedern des Atomwaffenverbotsvertrags (AVV) und des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV), zwischen Kernwaffenstaaten und Nichtkernwaffenstaaten sowie innerhalb der EU und der NATO.“

Selbst „wenn es in der Erregung des Augenblicks illusorisch erscheinen mag“, sei bereits heute für die Zeit nach dem Krieg zu planen und Strategien zu einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung zu entwickeln, so das Fazit.

Friedenslogik

Die Friedenslogik versucht, vom Ziel des Friedens her zu denken. Friedenslogische Positionen im Ukrainekrieg hat die AG Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung am 11. Mai 2022 erarbeitet.²⁸ Die Autor*innen empfehlen: Alles dafür zu tun, um (1.) die Gewalt zu beenden, (2.) den Konflikt zu deeskalieren und konstruktiv zu transformieren, (3.) Opfer zu schützen und Leid zu mildern, (4.) Völkerrecht und Menschenrechte zu stärken und (5.) Selbstreflexion und Empathie zu fördern. Dazu hätten alle Beteiligten sich nicht nur von einseitigen, gewaltorientierten Durchsetzungsstrategien zu verabschieden, sondern auch an ihren Dominanzansprüchen bzw. Maximalforderungen Abstriche zu

27 http://friedensgutachten.de/user/pages/05.ueber-uns/Pressemitteilung_Friedensgutachten_2022.pdf

28 https://pzkb.de/wp-content/uploads/2022/05/Stellungnahme-AG-Friedenslogik-PZKB_Friedenslogik-statt-Kriegslogik-1.pdf

machen: Das betreffe beispielsweise bei der NATO das Selbstverständnis als Hegemonialakteur, bei Russland die imperialen Ambitionen in seiner Nachbarschaft und bei der Ukraine den strammen NATO-Integrationskurs. Dass Kiew im Kontext der Istanbuler Verhandlungen Ende März einen Neutralitätsstatus, wenn auch mit Sicherheitsgarantieren versehen, ins Spiel gebracht habe, weise in die richtige Richtung.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Die OSZE²⁹ ist die einzige sicherheitspolitische Organisation, in der Russland, Nordamerika und die europäischen Länder gemeinsam vertreten sind. Seit Beginn des Konflikts hat die Organisation immer wieder ihre Bereitschaft verkündet, als Plattform für eine Lösung zur Verfügung zu stehen.

So könnten vertrauensbildende Maßnahmen wie die Beobachtungsmission der OSZE von Manövern oder Militärgerät zukünftig wieder eingesetzt werden. Laut dem italienischen Friedensplan könne zudem ein neues multilaterales Abkommen über Frieden und Sicherheit in Europa im Rahmen der OSZE verhandelt werden.

Vermittlungsgespräche

Obwohl Telefonate keine Verhandlungen ersetzen, können sie den Weg dahin ebnen. Was die Friedensforschung betont, unterstrich auch der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin im Mai 2022: Es sei notwendig, die Kommunikationskanäle offen zu halten. In einem Telefonat mit dem russischen Außenminister forderte er im Mai 2022 eine „sofortige Waffenruhe“. Auch Bundeskanzler Scholz und Frankreichs Präsident Macron hatten mehrfach mit Russlands Präsidenten Putin telefoniert. Dabei ging es um ein Ende der Kampfhandlungen und den Umgang mit Kriegsgefangenen.

Ebenso wie Telefonate können auch Vermittler eine große Rolle in der Konfliktlösung spielen. Nach Einschätzung des SPD-Fraktionschefs Rolf Mützenich könnte die chinesische Regierung im Ukrainekrieg dafür in Frage kommen. Grundsätzlich kämen Staaten in Betracht, die für beide Seiten akzeptabel seien und sich beispielsweise bei der Verurteilung Russlands in der UN-Generalversammlung zurückgehalten hätten, so auch Indien oder Südafrika.

III Bewegung in der Zivilbevölkerung

Steigende Zustimmung für Friedenslösung unter Europäer*innen

Der European Council on Foreign Relations (ECFR) veröffentlichte am 15. Juni 2022 eine Studie, die die Haltung der Menschen aus zehn europäischen Ländern hinsichtlich eines möglichen Kriegsausgangs untersucht hat.³⁰ Die Untersuchung zeigt, dass die Europäer*innen zwar große Solidarität mit der Ukraine empfinden und Sanktionen gegen Russland befürworten, aber hinsichtlich der langfristigen Ziele gespalten sind.

35 Prozent der Befragten gehörten demnach dem „Friedenslager“ an. Sie möchten den Krieg so schnell wie möglich beendet sehen, auch wenn das Zugeständnisse von der Ukraine bedeuten würde. Das „Gerechtigkeitslager“ mit 25 Prozent der Menschen hingegen verlange, dass Russland bestraft werden müsse. Ein weiteres Fünftel (20 Prozent) lehne es ab, sich zwischen Frieden und Gerechtigkeit zu entscheiden, unterstütze aber dennoch weitgehend die Maßnahmen der EU als Reaktion auf den Krieg Russlands in der Ukraine. Die Mitglieder dieser „Swing-Gruppe“ teilten die antirussischen Gefühle des Gerechtigkeitslagers, befürchteten aber auch eine Eskalation – wie das „Friedenslager.“

Mit Ausnahme von Polen, ist das „Friedenslager“ in allen Ländern größer als das „Gerechtigkeitslager“. Die europäischen Bürger*innen seien besorgt über die Kosten der Wirtschaftssanktionen und die Gefahr einer nuklearen Eskalation. Nur in Polen, Deutschland, Schweden und Finnland finde die Erhöhung der Militärausgaben breite öffentliche Unterstützung.

Proteste in Deutschland, Italien und Spanien

In Deutschland gibt es laut einer Umfrage des RTL/ntv-Trendbarometers seit Mai eine sinkende Zustimmung zu Waffenlieferungen an die Ukraine.³¹ Am 29. Juni 2022 forderten die Unterstützer*innen des Appells „Waffenstillstand jetzt“ – darunter General a. D. Erich Vad, Jeffrey Sachs und Prof. Dr. Johannes Varwick – die westliche Staatengemeinschaft auf, den Ukrainekrieg durch Verhandlungen zu beenden.³² Am 2. Juli 2022 demonstrierten tausende Menschen in Berlin gegen das 100-Milliarden-Aufrüstungspaket für die Bundeswehr. Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis hatte unter dem Motto

²⁹ <https://www.osce.org/project-coordinator-in-ukraine>

³⁰ <https://ecfr.eu/publication/peace-versus-justice-the-coming-european-split-over-the-war-in-ukraine/>

³¹ <https://www.rnd.de/politik/umfrage-zu-krieg-in-ukraine-das-denken-die-deutschen-ueber-waffenlieferungen-und-deutschlands-ZGCEd4DYHONWslRH2YA76T3TQU.html>

³² <https://www.zeit.de/2022/27/ukraine-krieg-frieden-waffenstillstand>

„Wir zahlen nicht für eure Kriege! 100 Milliarden für eine demokratische, zivile und soziale Zeitenwende statt für Aufrüstung“ zu der Demonstration aufgerufen.³³

In Italien nehmen innenpolitische Spannungen und öffentliche Proteste zu. Hafentarbeiter in Italien weigerten sich, Waffen, Munition und Sprengstoff für die Ukraine zu verschiffen. Die Partei „Fünf Sterne“ wollte eine Resolution verabschieden, in der gefordert wurde, keine weiteren Waffen aus Italien an die Ukraine zu liefern. In der Resolution hieß es, Russland führe einen Zermübungskrieg, der militärisch nicht zu gewinnen sei. Es müsse eine diplomatische Lösung gefunden werden. Italiens Außenminister Luigi Di Maio ist in Folge des Streits aus der Fünf-Sterne-Bewegung ausgetreten.³⁴

Auch in Spanien gab es im Vorfeld des NATO-Gipfels Proteste gegen die spanischen Militärausgaben, die wegen des russischen Krieges gegen die Ukraine erhöht werden sollen.³⁵

Deserteure in der Ukraine, Belarus und Russland

Zahlreiche russische Soldaten sollen dem ukrainischen Geheimdienst zufolge den Dienst verweigert haben. Auch Kriegsgegner und -gegnerinnen sowohl in Russland als auch in der Ukraine berichten, dass viele Berufssoldaten und Wehrpflichtige in Russland sich weigern, zu kämpfen.³⁶

Im März 2022 hat ein zivilgesellschaftliches Bündnis in einem Appell an den Deutschen Bundestag gefordert, sowohl russischen und belarussischen als auch ukrainischen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren Schutz und Asyl zu gewähren.³⁷ In Belarus und der Ukraine gibt es kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. In Russland gibt es das Recht, wenn auch nur sehr eingeschränkt.³⁸ Connection e.V. setzt sich für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein. Der Verein ging Anfang Juni davon aus, dass unter den 300.000 Menschen, die Russland wegen des Krieges verlassen haben, viele Männer sind, die sich im Ausland in Sicherheit bringen wollten. Auch in der Ukraine gäbe es Kriegsdienstverweigerer. Im Mai und Juni 2022 wurden dort zwei Kriegsdienstverweigerer zu mehrjährigen Haftstrafen auf Bewährung verurteilt.³⁹ Etwa 3.000 Männer aus der Ukraine haben allein in Moldawien Asyl beantragt. Zudem haben etwa 20.000 Männer aus Belarus das Land in den letzten Monaten verlassen, um der

Rekrutierung zu entgehen.⁴⁰ Russische Männer, die sich dem Kriegsdienst entziehen, hatten bisher keine guten Aussichten auf ein Bleiberecht in Deutschland. Connection e.V. setzt sich dafür ein, dass sich das ändert: Desertation müsse als oppositionelle politische Handlung gewertet werden, die Menschen den notwendigen Schutz erhalten.

Zivilgesellschaft in Russland

Die russische und die ukrainische Sektion der IPPNW veröffentlichten am 17. März 2022 eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich gegen den Krieg in der Ukraine aussprachen und vor einer weiteren Eskalation bis hin zum Atomkrieg warnten.⁴¹ Die Erklärung vereint die Mediziner*innen über die Kriegsgrenzen hinweg und baut auf dem Grundsatz der ärztlichen Pflicht auf, Menschen gleichberechtigt und ohne Vorurteile zu helfen. Beide Sektionen betonten zudem die tiefe Verbindung zwischen Russland und Ukraine: familiär, kulturell und ökonomisch. Darüber hinaus hatten sich Anfang März 2022 mehr als 17.000 russische Ärzt*innen und Gesundheitsfachkräfte für ein Ende der Kampfhandlungen ausgesprochen.^{42,43}

Ziviler Widerstand

Soziale Verteidigung ist ein nicht-militärisches Verteidigungskonzept. Es beruht laut Ulrich Stadtmann vom Bund für soziale Verteidigung auf zivilem Widerstand, dynamischer Weiterbildung ohne Kollaboration und internationaler nicht-militärischer Unterstützung.⁴⁴ Immer wieder gibt es Berichte über zivilen Widerstand im Ukrainekrieg wie z.B. in Cherson. Ein Jahr nach der Annexion der Krim und dem Beginn des Krieges in den Separatistengebieten führte das Internationale Soziologische Institut in Kiew eine repräsentative Umfrage unter Ukrainer*innen durch zu der Frage, wie die Menschen handeln wollen, wenn es zu einem Angriff auf ihre Stadt und zu deren Besetzung käme. Ein Drittel wusste keine Antwort, 15 Prozent wollten fliehen, 25 Prozent wollten sich militärisch wehren und mehr als 25 Prozent sprachen sich für zivilen Widerstand aus.⁴⁵

Der Völkerrechtler Prof. Dr. Norman Paech weist zudem auf das Konzept der „unverteidigten Städte“ hin. Nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 ist es untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschleichen. Im zweiten Weltkrieg sei dieser Ausweg von zahlrei

33 <https://zivilezeitenwende.de/>

34 <https://www.berliner-zeitung.de/welt-nationen/italien-fuenf-sterne-bewegung-zerfaellt-li.239182>

35 <https://www.berliner-zeitung.de/news/tausende-auf-der-strasse-nato-gegner-demonstrieren-vor-gipfel-in-madrid-li.240569>

36 <https://www.merkur.de/politik/ukraine-krieg-news-russland-armee-putin-offizier-verweigerung-bericht-cnn-truppen-kampf-91566673.html>

37 <https://www.ippnw.de/frieden/konflikte-kriege/ukraine/artikel/de/breites-buendnis-fordert-schutz-und-a.html>

38 <https://www.proasyl.de/hintergrund/kriegsdienstverweigerung-und-desertion-belarus-russische-foederation-und-ukraine/>

39 <https://de.connection-ev.org/article-3594>

40 <https://de.connection-ev.org/article-3576>

41 <https://www.ippnw.org/wp-content/uploads/2022/03/Joint-Russia-Ukraine-Statement-16-March-2022.docx.pdf>

42 <https://madmed.media/open-letter/>

43 Kurz darauf stimmten beide Kammern des russischen Parlaments für ein Gesetz, nach dem Russ*innen für die Verbreitung „kritischer Informationen über den Krieg in der Ukraine“ bis zu 15 Jahre Haft drohen.

44 <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/nicht-anerkennen-nicht-kooperieren/>

45 https://www.nonviolent-conflict.org/blog_post/ukrainians-vs-putin-potential-for-nonviolent-civilian-based-defense/

chen Städten aus Angst vor der brutalen Kriegsführung der Nazis gewählt worden: Rotterdam 1940, Paris, Brüssel, Belgrad 1941, Rom 1943, Orvieto, Florenz, Athen 1944.⁴⁶

IV Forderungen der IPPNW

Hamburger Erklärung

Der Friedensnobelpreisträger IPPNW fordert in der am 30. April 2022 verabschiedeten Hamburger Erklärung⁴⁷ einen sofortigen Waffenstillstand. Von Russland und den USA verlangt sie, gemeinsam einen Verzicht auf den Ersteinsatz mit Atomwaffen zu erklären. Die deutsche Sektion der IPPNW spricht sich darüber hinaus für langfristige Verhandlungen über einen Friedensprozess aus, der die Sicherheitsbedürfnisse aller beteiligter Staaten einschließlich Russlands auf der Basis eines gemeinsamen Sicherheitskonzeptes berücksichtigt.

Um Verhandlungen und Diplomatie voranzubringen, schlägt die IPPNW den Einsatz von Mediator*innen, z.B. durch den UN-Generalsekretär, durch blockfreie Staaten oder den Papst vor. Papst Franziskus hat sich wiederholt bereit erklärt, in Moskau für einen Frieden in der Ukraine zu werben.

Verhinderung eines Atomkrieges

„Atomare Abschreckung“ ist kein Mittel der Kriegsverhütung, sondern birgt die Gefahr einer globalen Katastrophe. Die IPPNW fordert daher als ersten Schritt von Russland und den USA einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen. Langfristig soll ein vollständiger Verzicht auf einen Einsatz in diesem Konflikt erklärt werden. Über eine Millionen Menschen unterstützten diese Forderung bereits mit einer Petition.⁴⁸ Beide Länder müssen die ca. 2.000 Atomwaffen aus der erhöhten Alarmbereitschaft nehmen. Diese Maßnahme würde die Gefahr eines Einsatzes von Atomwaffen reduzieren. Sowohl Russland als auch die NATO rüsten derzeit nuklear auf: Russland plant nach Angaben von Präsident Wladimir Putin, „in den kommenden Monaten“ atomwaffenfähige Raketen an Belarus liefern.⁴⁹ Gleichzeitig werden in Deutschland die in Büchel stationierten US-Atomwaffen modernisiert und durch B61-12 Bomben ersetzt. Diese sind lenkfähig und mit flexibler Sprengkraft einsetzbar. Damit sinkt die Hemmschwelle zum Einsatz. Eine enorme Gefahr, die Deutschland nicht unterstützen dürfte.

Stattdessen müsste Deutschland im ersten Schritt auf die Modernisierung und in einem nächsten auf die Stationierung der US-Atomwaffen komplett verzichten. Ein weiterer Schritt könnte ein genereller Verzicht auf die Stationierung von US-Atomwaffen auf dem Territorium der NATO-Länder sein. Mit Blick auf den Ukrainekrieg und die erhöhte Atomkriegsgefahr könnten Länder wie Deutschland, Belgien, Italien, die Niederlande und die Türkei erklären, auf die nukleare Teilhabe zu verzichten und dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Im Gegenzug müsste mit Russland darüber verhandelt werden, die Atomwaffendepots in Kaliningrad zurückzubauen und auf eine Stationierung von Atomwaffen in Belarus zu verzichten.⁵⁰

Die IPPNW fordert zudem ein Verbot von Militärangriffen auf Atomkraftwerke. Die Hindernisse für einen sofortigen Zutritt der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) zum Atomkraftwerk Saporischschja müssten beseitigt werden⁵¹. Grundsätzlich fallen Atomkraftwerke nach der Genfer Konvention (Art. 56, Abs. 1, S.1 des 1. Zusatzprotokolls) unter den besonderen Schutz „gefährlicher Anlagen“, wie z.B. Staudämme, vor deren Zerstörung die Zivilbevölkerung geschützt werden muss. Da Atomanlagen immer auch „Dual Use-Objekte“ sind, die sowohl der zivilen als auch der militärischen Nutzung dienen, konnten sich die Vertragsparteien der Genfer Konvention in den 70-er Jahren nicht darauf einigen, Atomkraftwerke grundsätzlich aus Kriegshandlungen herauszunehmen. Daher gibt es im Völkerrecht bisher keine klaren Regeln über Abstands- und Sicherheitszonen um Atomkraftwerke. Die IPPNW mahnt die internationale Gemeinschaft anlässlich des Ukrainekrieges, diese Lücke im Völkerrecht zu füllen. Dringend notwendig ist, dass sich die russischen Truppen um die Atomanlagen zurückziehen und diese zum Schutz der Zivilbevölkerung zu vollständig entmilitarisierten Zonen von beiden Kriegsparteien werden.

Friedenslogik statt Kriegslogik

Die IPPNW kritisiert das 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr scharf. Zur Beendigung des Ukrainekrieges wird die geplante Aufrüstung nicht beitragen. Im Gegenteil: Mit der nuklearen Aufrüstung durch die Stationierung der neuen B61-12 Atomwaffen in Europa sowie dem Kauf der F35-Kampffjets kann der Konflikt eskalieren.

Neben der Aufrüstung sieht die IPPNW auch die Waffenlieferungen in die Ukraine kritisch. Den Willen von Teilen der ukrainischen Bevölkerung, sich mit Waffen zu verteidigen, stellt sie damit nicht in Frage. Die IPPNW weist darauf hin, dass jede Waffenlieferung eine Verschärfung der Lage und die Verlängerung des Krieges bedeutet. Gleichzeitig verstärken Waffen den Stellvertreterkriegs-Charakter. Waffenlieferungen erhöhen die Zahl der menschlichen Opfer und die Zerstörung der Infrastruktur. Sie dienen nicht nur der Verteidigung, sondern „wandern“ weiter

46 <https://www.heise.de/tp/features/So-koennen-wir-die-Staedte-der-Ukraine-vor-dem-Krieg-bewahren-6544805.html>

47 https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Resolution_Im_Sturm_den_Friedenskurs_halten.pdf

48 Avaaz Petition "No Nuclear War over Ukraine" https://secure.avaaz.org/community_petitions/en/nato_and_the_russian_federation_no_nuclear_war_over_ukraine/

49 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/belarus-iskander-atomwaffen--russland-NA-TO-100.html>

50 <https://fas.org/blogs/security/2018/06/kaliningrad>

51 <https://www.ippnw.de/startseite/artikel/de/aerzteorganisation-verbot-von-militaer.html>

WAFFENSTILLSTAND UND FRIEDEN FÜR DIE UKRAINE

und erschweren zivile Maßnahmen der Verteidigung. Durch die Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine droht Deutschland in den Sog des Krieges hineingezogen zu werden. Bei einer weiteren Eskalation des Krieges besteht die Gefahr eines möglichen Einsatzes von Atomwaffen.⁵²

Feindbildabbau

Das Schaffen von Feindbildern ist ein üblicher Mechanismus der Kriegspropaganda. Dabei geht darum, andere zu entmenslichen und als Persönlichkeiten zu negieren. So wurde der russische Präsident Wladimir Putin bereits mit Hitler gleichgesetzt. „Diese beklemmende Logik finden wir bei allen politischen Verfolgungen, bei der Ausgrenzung ethnischer oder religiöser Gruppen, aber auch bei internationalen Schuldzuweisungen (wie den Russen oder der Achse des Bösen).“⁵³

Die IPPNW fordert, sich dem Aufbau von Feindbildern entgegenzustellen. Wichtig sei es, den zivilgesellschaftlichen und kulturellen Austausch mit Russland aufrechtzuerhalten. Städtepartnerschaften mit Russland sollten erhalten bleiben. Sanktionen auf kultureller, sportlicher und wissenschaftlicher Ebene lehnt die IPPNW ab. Ebenso fordert sie den Verzicht auf eskalierende Reaktionen und eine demütigende Rhetorik.

Fazit

„Friedensfähig ist nur, wer über die Kriegslogiken hinaus denkt und diplomatische Optionen entwickelt, Gewaltkonflikte zumindest einzufrieren, um sie mittel- bis langfristig zu lösen“, heißt es in den Schlussfolgerungen des Friedensgutachtens 2022.

Ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine erleben wir zurzeit einen Bewaffnungsreflex aller direkt und indirekt beteiligten Staaten mit dem Schwerpunkt Europa. Es ist ein Denk- und Handlungsmuster der Kriegslogik mit dem „Mythos der erlösenden Gewalt“ auf die Angst- und Verunsicherungsgefühle der Bevölkerung zu reagieren. In der Friedens- und Konfliktforschung gilt das als der erste Schritt zur Eskalation.

Als Ärzt*innen setzen wir von der IPPNW uns für ein Ende der Gewalt und für Schadensminimierung ein. Im Sinne von Friedenslogik müssen schon während des Ukrainekrieges Vorbereitungen getroffen werden für die Zeit des Waffenstillstandes und die Zeit nach dem Kriegsende. Nur so kann die gegenwärtig allseits herrschende Kriegslogik überwunden werden.

Wir plädieren für einen Verhandlungsfrieden und Interessenausgleich statt des Versuchs, ohne Rücksicht auf zivile Opfer einen militärischen Sieg zu erringen.

52 Die IPPNW klärt in dem Faltblatt „Risiken und Nebenwirkungen von Waffenlieferungen“ über die langfristigen Folgen von Waffenlieferungen auf: https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Infoblatt_Waffenlieferungen.pdf

53 „Feindbilder und Kriegslogik – ein Beitrag zur psychosozialen Dimension“, IPPNW-Forum 2/2022



Download dieses Papiers:
[ippnw.de/bit/waffenstillstand](https://www.ippnw.de/bit/waffenstillstand)

IMPRESSUM



Bestellmöglichkeit in der IPPNW-Geschäftsstelle:

IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V. • Körtestraße 10 • 10967 Berlin
Tel.: +49 (0)30 698 074-0 • Fax: +49 (0)30 683 8166 • ippnw@ippnw.de • www.ippnw.de

© IPPNW e.V., Juli 2022 – aktualisiert am 30. August 2022
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit Genehmigung möglich.
V.i.S.d.P.: Dr. Angelika Claußen

Spendenkonto:

IPPNW e.V. • GLS Bank • IBAN: DE 23 4306 0967 1159 3251 01 • BIC: GENODEM1GLS